

# Berlins dritter Kriegshaushalt.

## Rede des Stadtkämmerers BÖB.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zum dritten Male haben sich die Väter der Reichshauptstadt mit einem Kriegshaushalt zu beschäftigen. Die Einbringung des Stadthaushalts, den gestern Kämmerer BÖB in längerer Rede erläuterte, gab zugleich Anlaß, sich über das Verhältnis der verschiedenen Gemeinden Groß-Berlins zueinander auszulassen.

Bevor die eigentliche Auseinandersetzung über den Stadthaushalt begann, teilte Oberbürgermeister Bermuth mit, daß die ärztliche Behandlung der Kriegerfamilien vorläufig auf die Dauer eines Monats in der bisherigen Weise fortgeführt werde. Es seien noch neue Verhandlungen mit der Ärztekammer notwendig. Die zur Regelung dieser Angelegenheit bestimmt bis zum 15. März versprochene Magistratsvorlage werde auf jeden Fall den Stadtverordneten vor Ablauf eines Monats zugehen. Bei Beginn der Sitzung wurde der neugewählte soz. Stadtv. Redakteur Eichhorn eingeführt.

Die Ausführungen des Stadtkämmerers BÖB gaben ein ungeklärtes Bild von der durchaus gesunden Finanzlage Berlins. Besonders beachtet wurden seine Betrachtungen über den Lastenausgleich. Im Einzelnen führte er aus:

Unsere allgemeine Finanzlage ist durch und durch gesund und sicher. Die Hauptabkühlziffern des neuen Stadthaushalts bleiben mit rund 377 Millionen nur wenig hinter denen des laufenden Jahres zurück. Der über das Ganze schweifende Blick läßt mehrere Bedeutendes erkennen, zunächst den starken Rückgang der Werksüberschüsse mit rund 6 1/2 Millionen, dann die ohne neues Anziehen der Steuerkränze wesentlich höhere Ergiebigkeit der Steuer, ein Plus von rund 8 1/2 Millionen Mark und schließlich gewisse ohne Rücksicht auf die in dieser Zeit sonst doppelt gebotene Sparsamkeit auftretende Mehr- und Neuausgaben sozialer Art. Wasserwerke, Kanalwerke und Güter und einige kleinere Werksverwaltungen, hierunter der Osthafen und Lante weisen günstigere Ergebnisse auf, herbeigeführt durch Sparsamkeit und bestimmte Wirkungen des Krieges, letzteres bei den Gütern, Lante und dem Osthafen. Dagegen zeigen der Viehmarkt mit Schlachthof und Fleischbeschau bedeutende Mindereinnahmen infolge Rückgang des Viehhandels und der Schlachtungen, ein Ungünstiger von rund 3,2 Millionen Mark. Es konnte selbstverständlich nicht daran gedacht werden, den Fehlbetrag durch Erhöhung der Gebühren kurzzeitig auszugleichen, weil die so erzielten Mehreinnahmen in höheren Fleischpreisen zum Ausdruck hätten kommen müssen.

Kommt die Reichskohlensteuer — und sie wird wohl kommen! —, so müssen unsere Gas- und Elektrizitätswerke von der im Gesetzentwurf vorgesehenen Möglichkeit der Abwälzung der Steuer auf die Abnehmer alsbald Gebrauch machen. Die Stadt wird nach meiner Schätzung insgesamt nicht weniger als 6 1/2 Millionen Mark Kohlensteuer an das Reich abzuführen haben, eine Summe, die einen großen Teil unserer Werksüberschüsse überhaupt verschlingen würde, wollten wir sie aus eigener Tasche beden.

### Verkehrssteuern und Straßenbahnetat.

Die Einnahmen der Straßenbahnen werden nach dem Voranschlag für 1917 die Ausgaben gerade decken. Wir geben uns hiermit zufrieden. Die Stadt Berlin hat niemals daran gedacht, eine Erhöhung ihrer Straßentarif während des Krieges vorzunehmen, und darf mit einem Teil der Vororte zusammen das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine allgemeine Verkehrsstarkehöhung in Groß-Berlin bisher ver-

hindert und hierdurch der Bürgerschaft eine schwere Kriegslast ferngehalten zu haben. Man kann an sich Zweifel haben, ob die neuesten beiden Reichsteuern schon jetzt eine unbedingte Notwendigkeit sind. Man kann aber nicht zweifelhaft sein, daß die Verkehrssteuer, soweit sie den Lokalverkehr einschließlich des Vorortverkehrs — in Berlin auch des Stadt- und Ringbahnverkehrs — der Städte und Großstädte erfassen will, die schwersten Bedenken wachrufen muß. Jede Verkehrssteuer trifft in erster Reihe die Städte und weniger das flache Land. Eine Verkehrssteuer aber, die auch den Lokalverkehr heranholt, macht unmittelbar den Eindruck und hat die Wirkung einer Vorausbelastung der Städte vor dem Lande. Hiergegen müssen die Städte Einspruch erheben. Groß-Berlin und Berlin selbst aber müssen sich besonders wehren, weil die Verkehrssteuer das kaum gebannte Gespenst der Verkehrsstarkehöhung in Groß-Berlin mit Gewalt wieder hervorholt. Im Interesse unserer werktätigen Bevölkerung, die wahrlich nicht leicht an den Lasten des Weltkrieges trägt, müssen wir dringend hoffen und wünschen, daß der Reichstag die Verkehrssteuer, soweit sie den Ortsverkehr trifft, nicht annimmt. Eine Freilassung nur der Straßenbahnen und Untergrundbahnen, nicht auch der Vorort- und Stadt- und Ringbahnen, würde übrigens die Straßen- und Untergrundbahnen zu einer Erhöhung ihrer Tarife geradezu drängen, weil andernfalls sie unter der Flut der von den Staatsbahnen abwandernden Fahrgäste ertrinken würden. Große Verkehrsstörungen müßten eintreten, wenn in die heutige Verkehrsverteilung Groß-Berlins plötzlich willkürlich eingegriffen werden würde.

### Die Einkommen- und die Gewerbesteuer

werden im laufenden Jahre, dessen Ergebnisse überhaupt nicht ungünstig werden zu wollen scheinen, angenehm überraschen. Für 1917 kann das Mehr der Einkommensteuer von 8 1/2 Millionen und der Gewerbesteuer von 2,8 Millionen als vorläufig geschätzt bezeichnet werden. Noch einmal werden die Kriegsgewinne der letzten Jahre voll in die Erscheinung treten. Daß auch die Einkommensteuer um 100 000 M. höher angelegt werden konnte, ist immerhin erwähnenswert. Es kann aber nicht bestritten werden, daß der städtische Haus- und Grundbesitz durch den Krieg wirtschaftlich besonders schwer getroffen wird. Er war schon vor dem Kriege nicht auf Rosen gebettet, und die Lösung der Realcreditfrage bereitete schon lange allen Beteiligten Kopfzerbrechen. Es ist bei alledem in erster Reihe die Kriegsgesetzgebung des Reichs, die die jetzigen ungemein schwierigen Verhältnisse geschaffen hat. Deshalb darf die Stadt mit den Hausbesitzern bestimmt erwarten, daß zunächst Reich und Staat mit ihren Mitteln eingreifen werden. Das Schätzungsamt- und das Stadtschätzungsamt sind in mancher Hinsicht als Danaergeschenke anzuspitzen, sie können nicht einmal als Abschlagszahlung angesehen werden. Für die Mitwirkung der Stadt hat die letzte Groß-Berliner Wohnungsstatistik vielleicht einen Fingerzeig gegeben. Der Prozentsatz der leeren Wohnungen, besonders der Kleinwohnungen, ist in Berlin bedeutend größer als in den Vororten. Die modern ausgestatteten Wohnungen der Vororte werden vom besser gestellten Arbeiter ebenso wie zum Teil auch von den Wohlhabenden vorgezogen. Eine durchgreifende Melioration der Wohngebäude, wohl unter finanzieller Hilfeleistung der Stadt, wird ebenso der Volksgesundheit als den wirtschaftlichen Interessen der Hausbesitzer als schließlich den Stadtfinanzen dienen. Inwieweit die Stadt auf dem Gebiete des Realcredits allgemein den Hausbesitzern unter die Arme greifen kann, bedarf sorgfältiger Vorarbeiten, die eingeleitet sind. Wir haben dem Willen zur pflichtlichen Behandlung des Hausbesitzes auch bisher schon greifbaren Ausdruck verliehen und im Kriege allein an Mietbeihilfen bis Ende des vorigen Monats rund 42 Millionen Mark aufgewendet, das ist erheblich

mehr, als der Ertrag der Grundsteuer und der Bruttoeinnahme an Kanalgebühren eines ganzen Jahres.

### Gegen den Lastenausgleich.

Noch einiges muß ich zur Frage des Groß-Berliner Lastenausgleichs sagen, der neuerdings wieder einmal infolge einer Eingabe mehrerer östlicher und südlicher Vororte in der Gemeindefinanzkommission des Abgeordnetenhauses erörtert worden ist. An der Spitze der Bittsteller stehen der Kreis Niederbarnim und die Städte Dichtenberg und Neukölln. Die finanzielle Kriegsnöte gibt ihnen den Anlaß, ein Vorgehen der Staatsregierung während des Krieges zu fordern. Man fürchtet wohl mit Recht, daß nach dem Kriege Wichtigeres zu tun sein möchte. Es ist nun zunächst merkwürdig, daß Vororte wie Dichtenberg und Neukölln von finanziellen Mäßen reden und auf den reichen Westen und Berlin hindeuten, fast im selben Augenblick, in dem sie durch ihre Verwaltungskörper Einkommensteuervorschläge beschließen, die niedriger sind als die der großen westlichen Vororte und ebenso hoch wie die Berlins, Zuschläge, die, verglichen mit anderen preussischen Städten, niedrig zu nennen sind.

Die beiden genannten Vororte und andere betreiben durch die Art der Bewertung ihres Grundbesitzes, durch die Tarife ihrer Werke und andere Verwaltungsmaßnahmen eine Politik, welche Berlin und die westlichen Vororte unterbieten will. Soll Berlins Bürgerschaft Steuern zahlen, damit Dichtenberg und Neukölln usw. noch bequemer als bisher mit uns in wirtschaftlichen Wettbewerben treten können? Im Osten und Süden und Norden Groß-Berlins wohnen zahlreiche Arbeiter. Dasselbe ist der Fall in einem Teil der westlichen Vororte, und in Berlin gibt es mehr Arbeiter und kleine Leute als in den petitionierenden Vororten zusammen! Warum sollen die Berliner, Schöneberger und Charlottenburger Arbeiter zugunsten derjenigen in den östlichen Vororten höhere Lasten tragen? Etwa nur deshalb, weil im gleichen Gemeindegeld auch wohlhabende Leute wohnen? — Oder wie denkt man sich die Lösung? Die östlichen Vororte haben sich gehütet, bestimmte Vorschläge über den von ihnen gewünschten Lastenausgleich zu machen.

Bergeblick fragt der Groß-Berliner, warum es in Groß-Berlin Duhende von prunthafte Rathhäusern mit zugehörigen ungeheuren Beamtenapparaten gibt, die in zahllosen Streitigkeiten und Prozessen gegeneinander arbeiten? Warum werden in der einen Gemeinde diese, in der anderen jene Steuern erhoben? Warum bestehen hier private, dort kommunale Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw.? Warum besitzen die einen Krankenhäuser und ausgezeichnete hygienische und soziale Einrichtungen, die anderen nicht? Warum wird durch künstliche Mittel der Gewerkschafts- und gewerbliche Verkehr, der sich in natürlicher Weise im Zentrum zusammen findet, auseinander gezerrt usw. usw.?

Meine Herren, das ist in der Tat ein Verwaltungselend schlimmster Art, unter dem die Einwohnerschaft Groß-Berlins leidet, für das es nur ein Heilmittel gibt, die Eingemeindung! und das wir nur tragen müssen aus Rücksichten, die nichts zu tun haben mit den Interessen der vier Millionen Groß-Berliner, auf die es allein ankommen sollte. Mit aller Entschiedenheit und im Verein mit den zahlreichen Vororten, mit denen uns gleiche Interessen verbinden, werden wir uns jedem Lastenausgleich widersetzen. Möge dieses heute wirrduchgeinander arbeitende und kämpfende sich vielfältig selbst schädigende Groß-Berlin in der kommenden neuen Zeit bald ein einheitliches kommunalpolitisches Ganzes werden, in dem alle Kräfte zum Wohle der Gesamtheit wirken und an der richtigen Stelle angelegt werden! (Beifall.)

Stadtv. Cassel (R.): Wir erkennen die Fürsorge der Stadt für die Kriegsteilnehmer und ihre Familien an; ebenso die Anstrengungen im Interesse der Lebensmittellieferung, an denen besonders die Stadträte Fischel, Alberti und Simonsohn hervor-

habe ihn ungefähr auswendig gelernt: Meine Ehe ist eine Angelegenheit innerster Art, und keine leichte. Sie ist ganz im Gefühlleben begründet und hat weiter keine materielle Grundlage. Denn jeder sorgt für sich selbst. Also will ich nicht, daß andere Menschen an diesen inneren Vorängen teilnehmen, namentlich nicht Menschen, die mir gut sind, denen diese Ehe nur eine Sorge mehr ist, und die beim besten Willen nicht imstande sind, meine Gefühle zu teilen."

"Glauben Sie wirklich, Konstanze, daß es den Menschen so schwer wird, Sie zu lieben?"

Konstanze verzicht schmerzlich den Mund —  
"Aber wissen Sie, lieber Freund, wie weit ich imstande bin, eine Liebe zu belohnen?"

Gerhard Stein hat schweigend am Tisch gefessen und babet eine Zigarette nach der anderen geraucht. Nun rückt er plötzlich an seinem Hut.

"Mir fällt plötzlich — zu spät wohl — ein, daß Sie meine Anwesenheit als überflüssig empfinden könnten —"

"Aber nein," sagt Oskar Sundermann. "Wenn ich recht verstehe, gehören Sie zum nahen Freundeskreis — und wir sind ja hier in derselben Angelegenheit."

"Doch haben Sie vielleicht etwas Besonderes mit Konstanze zu besprechen —"

"Nichts, was Sie nicht hören dürften, Herr Stein. Seitlich hat in seinem letzten Brief an die Eltern von seiner Frau gesprochen und ihren Schutz für sie erbeten."

Konstanze reißt den Kopf.